



# „Rassistisch motivierter Hinrichtungsversuch“

Die **DPoIG** verurteilt mit aller Schärfe die widerwärtige Rufmord- und Verleumdungskampagne des Bürgerschaftsabgeordneten Martin Dolzer (Die Linke) gegen einen Hamburger Polizeibeamten und die Polizei Hamburg.

Ein 46-jähriger Polizeibeamter des Polizeikommissariats 11 wurde am Nachmittag des 1. Februar von einem 33-jährigen mit einem Messer angegriffen und machte zur Abwehr des Angriffes von seiner Schusswaffe Gebrauch. Nach bisherigen Ermittlungen wurde der in zivil befindliche Beamte von zwei Passantinnen um Hilfe gebeten. Die Frauen hatten zuvor im Bereich der Robert-Nhil-Straße eine sich aggressiv verhaltende männliche Person mit einem Messer bewaffnet beobachtet. Der Polizeibeamte konnte den Mann in unmittelbarer Nähe feststellen. Dieser zeigte sich dem Beamten gegenüber sehr aggressiv und griff ihn mit einem Messer an. Der Beamte setzte zunächst Pfefferspray ein. Der Mann versuchte jedoch weiter, auf den Beamten einzustechen, sodass dieser, um

den Angriff abzuwehren, von seiner Schusswaffe Gebrauch machte. Der aus Ghana stammende Omeng A. wurde verletzt und nach medizinischer Versorgung in ein Krankenhaus gebracht. Die Ermittlungen wurden vom zuständigen LKA 11 übernommen. Das Dezernat für interne Ermittlungen ist ebenfalls tätig.

Der Bürgerschaftsabgeordnete Martin Dolzer (Linksfraktion) hat gegenüber der „taz“ Zweifel an der Darstellung der Polizei geäußert. Dolzer sieht das alles anders. Er spricht gegenüber der „taz“ von „lebensgefährlichem Fehlverhalten der Polizei“ und von „einem rassistisch motivierten Hinrichtungsversuch“. Wie kommt Dolzer darauf? Ganz einfach – Dolzer hat ermittelt. Drei Tage hat er recherchiert und in St. Georg Menschen befragt, die den Vorfall gesehen hatten oder in der Nähe waren. „Nach allen Schilderungen drängt sich der Eindruck auf, dass der Polizist nicht aus Notwehr gehandelt hat“, sagte er zur „taz“. Im Rahmen von Racial Profiling komme es in letzter Zeit zunehmend zu brutalen Übergriffen auf Geflüchtete und zu Jagdszenen. „Die Schüsse sind der traurige Höhepunkt dieser Zuspitzung.“

■ **Traurig ist etwas völlig anderes!**

Die Rassismus- und Polizeiwilkürvorwürfe der Linksfraktion an die Hamburger Polizei sind



Joachim Lenders: „Ich bin fassungslos und entsetzt über die verantwortungslosen, beleidigenden und ehrverletzenden Anschuldigungen des Linkenpolitikers Dolzer.“

nichts Neues! Jetzt spricht ein Bürgerschaftsabgeordneter und selbstberufener „Sonderermittler“ gar von „einem rassistisch motivierten Hinrichtungsversuch“ – das ist die infame und unerträgliche Steigerung einer Hetzkampagne gegen unsere Kollegen und die Polizei Hamburg! **Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der DPoIG Hamburg: „Die Anschuldigungen und Vorwürfe des Bürgerschaftsabgeordneten Martin Dolzer (Die Linke) sind nicht einfach nur Fake News. Einem meiner Kollegen wird von Herrn Dolzer ein rassistisch motivierter Mordversuch unterstellt und die Polizei Hamburg wird in die Nähe einer Ku-Klux-Klan ähnlichen Organisation gerückt – das ist widerwärtig und Linkspopulismus auf dem Rücken meiner Kollegen.**

**Was muss in unserem Kollegen und seinen Angehörigen vorgehen, wenn sie diese abscheulichen Beschuldigungen lesen müssen. Ich erwarte keine Entschuldigung von Herrn Dolzer. Ich fordere die Staatsanwaltschaft Hamburg auf, Herrn Dolzer vorzuladen, ihn zu seinen ‚Ermittlungen und Recherchen‘ zu befragen und gegebenenfalls gegen ihn wegen falscher Anschuldi-**

## Genosse Dolzer ermittelt

„So ist das, wenn sozialistische Kaderpolitiker ‚ermitteln‘, mit Rechtsstaat hat das dann nichts mehr zu tun. Solche Aktionen beschädigen den Rechtsstaat und solche Politiker sind abschreckende Beispiele für Demokraten. Pfui!“

Rainer Wendt,  
DPoIG-Bundesvorsitzender,  
via Facebook

+++

„Der Vorwurf und die Wortwahl disqualifizieren sich von selbst.“

Ralf Martin Meyer,  
Polizeipräsident

+++

„Die Äußerungen sind niederträchtig und aufhetzend. Ich erwarte nicht nur eine Entschuldigung gegenüber der Polizei, sondern dass seine Fraktion hier auch Konsequenzen zieht.“

Dennis Gladiator, MdHB,  
innenpolitischer Sprecher der  
CDU-Bürgerschaftsfraktion

+++

„Herr Dolzer wäre gut beraten, diese Untersuchung abzuwarten, anstatt sich als Privatdetektiv zu versuchen und solch schwerwiegende Vorwürfe in die Welt zu setzen.“

Arno Münster, MdHB,  
innenpolitischer Sprecher der  
SPD-Bürgerschaftsfraktion

+++

„Einen Mordversuch aus rassistischen Motiven zu unterstellen, ist absolut inakzeptabel. Durch Privatermittlungen alternative Fakten zu fördern und medial zu verbreiten, macht den Rechtsstaat kaputt.“

Anjes Tjarks, MdHB,  
Grünen-Fraktionschef

Quelle: Alle Zitate wurden dem „Hamburger Abendblatt“ vom 9. Februar 2017 entnommen.

### Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,  
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr  
Fotos: Frank Riebow, DPoIG  
Hamburg, Auswärtiges Amt  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



gung, Verleumdung und Beleidigung zu ermitteln. Ein Bürgerschaftsabgeordneter versucht einem Polizeibeamten und der Polizei die Ehre zu nehmen, das ist ein unerträglicher Vorgang.“

Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass Dolzer offenbar versuchte, in das Krankenzimmer des Omeng A. zu gelangen. So veröffentlichte es „BILD“ unter Berufung auf einen Bericht des Polizeikommissariats 16. Dolzer hat am

Abend des 3. Februar mit dem Verweis auf sein Abgeordnetenmandat gegenüber zwei Polizeibeamten behauptet, der Kriminaldauerdienst habe ihm erlaubt, Omeng A. zu besu-

chen. Auf Nachfrage hat es einen solchen Anruf beim KDD nie gegeben. Dieser verantwortungslose Mensch nennt sich Volksvertreter, unfassbar!

*Der Landesvorstand*



© Frank Riebow (5)

## Tarifrunde 2017 – Impressionen vom Warnstreik in Hamburg

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind mehr als drei Millionen Beschäftigte betroffen: Eine Million Tarifbeschäftigte der Länder (ohne Hessen, nicht Mitglied der TdL), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll, um den Gleichklang der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung im öffentlichen Dienst zu gewährleisten. **DPoIG** und **dbb** fordern ein Plus von sechs Prozent!

Darin enthalten: ein Mindestbetrag als soziale Komponente und die Einführung der Stufe 6 ab EG 9 sowie einen stufen-gleichen Aufstieg. Auszubildende sollen 90 Euro mehr bekommen, außerdem sollen alle Azubis nach erfolgreicher Ausbildung übernommen werden. Die letzte verabredete Runde der Tarifverhandlungen fand am 16. Februar 2017 in Potsdam statt. Heute bekommen die Beschäftigten der Länder rund vier Prozent weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen bei den Kommunen und im Bund – das ist mit nichts zu rechtfertigen. Die bundesweiten Warnstreiks im öffent-

lichen Dienst der Länder wurden am 9. Februar fortgesetzt.

An diesem Tag hatten die **DPoIG Hamburg** und der **dbb** gemeinsam mit **ver.di** zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen, etwa 3.000 Kolleginnen

und Kollegen sind dem Aufruf gefolgt. Die Kundgebung sendete ein starkes Signal der Entschlossenheit an die Arbeitgeber, gerade rechtzeitig vor der anstehenden dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde.







Landesstreikleiter Michael Adomat (**DPoIG**) traf den Nagel auf den Kopf, als er feststellte: „Wir haben die Chance, nächste Woche den Sack zuzumachen und einen tragbaren Kompromiss zu finden.“ Dafür müsse sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Tdl), aber „noch ein gutes Stück auf die Forderungen der Beschäftigten zu bewegen.“ Angesichts der demografischen Entwicklung brauchen wir auch bei den Ländern eine wettbewerbsfähige Bezahlung für Arbeitnehmer und Beamte, sonst laufen uns die ‚besten

Köpfe‘ davon, auch darum wird es in Potsdam gehen.“

Unzufrieden mit der Arbeitgeberseite zeigte sich auch der dbb Landesvorsitzende Rudi Klüver.

Mit Blick auf die vom dbb geforderte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten betonte er: „Wenn die TdL behauptet, dass unsere Tarifforderung auch deshalb zu hoch sei, weil zu den Kosten für die Tarifbeschäftigten noch die für die Landesbeamten hinzukämen,

ist das unredlich. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind keine Kostenfaktoren, sondern leisten wie alle anderen auch Tag für Tag ihren Dienst für das Gemeinwohl.“ Um die Forderungen weiter zu untermauern, haben **DPoIG** und dbb zu ei-

nem weiteren Warnstreik aufgerufen.

Mit Bussen ging es nach Potsdam, um gemeinsam mit den Kollegen der **DPoIG Berlin** entschlossen für einen gerechten Tarifabschluss zu kämpfen! ■



## Tarifverhandlungen 2017 ... und wo warst Du eigentlich?

Von Ronald Helmer, Vorsitzender Fachbereich Schutzpolizei

Alle Jahre wiederkehrend hoffen wir alle – und sicherlich auch Du – darauf, dass es den Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen in Potsdam gelingt, ein möglichst hohes Ergebnis auszuhandeln und den Tarifbeschäftigten ein sattes Gehaltsplus zu verschaffen – und diese Hoffnungen sind berechtigt. Denn wir alle – und auch Du – leisten jeden Tag unsere Arbeit und machen unseren Job so gut wir können und nach bestem Wissen und Gewissen.

Wie bei allen ausgehandelten Gehaltserhöhungen werden die erzielten Ergebnisse nie vom Arbeitgeber selbst vorgeschlagen und freiwillig zugestanden, sondern sind immer das Resultat zäher Verhandlungen und gegebenenfalls sich auf einer Eskalationsstufe nach oben steigender Arbeitskampfmaßnahmen. Auch in diesem Winter gibt es wieder Verhandlungen in Potsdam und die Tarifvertreter von **DPoIG** und dbb sind die Speerspitze in tarifrechtlichen Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite zu unser aller, auch Deinem Wohl, Tarifbeschäftigten wie Beamten gleichermaßen. In den ersten beiden Verhandlungsrunden kam es zu keinerlei Angeboten seitens der Arbeitgeber, und auf die Forderungen der Gewerkschaften nach unter anderem sechs Prozent mehr Lohn erfolgte keine Reaktion, sodass die Ver-

handlungsrunden ergebnislos abgebrochen werden mussten. Also kam es am 9. Februar in Hamburg zu einer ersten Arbeitskampfmaßnahme, die Mitgliedsgewerkschaften von dbb und DGB riefen zu einem ersten Warnstreik und einer Kundgebung in der Innenstadt auf – und der Aufruf zur Demonstration galt für die Tarifbeschäftigten wie Beamten gleichermaßen.

Viele tarifbeschäftigte Mitglieder der **DPoIG** und des dbb waren erschienen, uniformierte Polizeibeamte als Teilnehmer der Demonstration, mal abgesehen von den Kräften zur Demonstrationsbegleitung, sah man leider nicht. Schnell hat man für sich die Erklärung zur Hand: „Ich musste ja arbeiten“, „hatte Nachtdienst“ und „die streikenden Tarifbeschäftigten mussten zum Beispiel im Objektschutz durch Beamte ersetzt werden“. Dies gilt jedoch nicht pauschal für alle und es gibt viele, die sehr wohl frei und damit keinen dienstlichen Zwang hatten, der Demonstration fernzubleiben und den berechtigten Forderungen entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Gewerkschaften sind Solidargemeinschaften, in denen die Mitglieder füreinander einstehen und unter anderem mit ihren Beiträgen solche Arbeitskampfmaßnahmen finanzieren, aber auch aktiv an Tarifaufeinandersetzungen, wie zum Beispiel

Demonstrationen teilnehmen ... auch als Beamte. Ist es nicht auch einmal an der Zeit, sich nicht immer nur zu fragen, was eine Gewerkschaft für einen tun kann, sondern auch einmal, was jeder Einzelne für seine Gewerkschaft tun kann?

Du bist das Mitglied, es sind Deine Beiträge, es ist immer auch ein Arbeitskampf für Dich, um Deine berechtigten Hoffnungen auf eine Gehaltserhöhung Wirklichkeit werden zu lassen.

Die vom Ersten Bürgermeister Olaf Scholz bereits zugesagte volle Übernahme des ausgehandelten Tarifergebnisses für die Hamburger Beamtinnen und Beamten macht es umso wichtiger, ein gutes Tarifergebnis zu erzielen, für jeden von uns – auch für Dich! Ein Zurücklehnen und Abwarten ist hier sicherlich das falsche Signal an die Politik, nur das Zeigen von Einigkeit und Stärke, auch in Uniform, macht es den Politikern deutlich, wie wichtig jedem von uns – auch Dir – das Thema gute Bezahlung für gute Arbeit ist. Sich berechnete Hoffnungen auf möglichst hohe Abschlüsse bei Tarifverhandlungen zu machen, ist wichtig, legitim und vor allem richtig. Ihnen mit persönlichem Engagement auch den entsprechenden Nachdruck zu verleihen aber ebenso unverzichtbar! ■





# „Herzlich willkommen bei der Hamburger Polizei!“



„Meet and Greet – Deine Polizei, Deine Gewerkschaft“ – unter diesem Motto hat die JUNGE POLIZEI der **DPoIG Hamburg** Anfang Februar alle neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen zu einem ersten Kennenlernen eingeladen. Neben der **DPoIG**-Einsatzverpflegung, Kaffee, Kakao, Franzbrötchen und Waffeln, standen natürlich Gespräche zu ganz unterschiedlichen Themen im Vordergrund. Denn für Erstsemester ist alles neu und nichts selbstverständlich. Wie verläuft die Ausbildung? Wann

geht's ins Praktikum? Welche Bücher brauche ich wirklich? Wie versichere ich mich richtig? Was genau macht die **Deutsche Polizeigewerkschaft**?

Wozu brauche ich Rechtsschutz und vieles mehr. Die JUNGE POLIZEI hatte diverse Infotische aufgebaut, die sowohl die unterschiedlichen Facetten der Gewerkschaftsarbeit präsentierten, aber auch Polizei zum Anfassen boten.

Insgesamt 140 Polizeischülerinnen und -schüler (135 SCH/ 5 WSP) starteten am 1. Februar ihre Ausbildung an der Akademie der Polizei. Der Anteil der Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund beträgt rund 13 Prozent und die übergroße Mehrheit – fast 71 Prozent – hat Abitur. „Wir freuen uns sehr, so sympathische und engagierte neue Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei Hamburg begrüßen zu können.



Auch wenn es jetzt im PAZ immer enger wird“, bemerkte eine sehr zufriedene Landesjugendleiterin Christine Höxtermann. Die JUNGE POLIZEI bedankt sich beim Landesvor-

stand und allen Fachbereichen der **DPoIG Hamburg** für die erneut tolle Unterstützung unseres „Meet and Greet“-Tages!

JUNGE POLIZEI







# „Wer den Gipfel nach Hamburg holt, holt sich auch Gewalt in die Stadt“ G20 – Linksaußen macht mobil

Von Frank Riebow, Landesredakteur



© Auswärtiges Amt

Am 7. und 8. Juli wird Hamburg im Fokus der Weltöffentlichkeit stehen. Dann werden sich die wichtigsten Staats- und Regierungschefs in unserer Stadt zum G20-Gipfel treffen. Dass ein solcher Gipfel Protest und Demonstrationen auslöst, gehört zur politischen DNA, das wird in Hamburg nicht anders sein – warum auch?

## ➤ Ja zu einem friedlichen, demokratischen Protest!

Die entscheidende Frage ist die Art des Protests! Friedlich, demokratisch, pluralistisch oder gewalttätig, provokativ und von Einzel- und Gruppeninteressen gesteuert? In Hamburg, und wie könnte es auch anders sein, ist die Linke ganz vorne dabei, um sich auf den Gipfel vorzubereiten und die neoliberalen „Festspiele“ zu entlarven. Die Präsidenten Erdogan, Putin und Trump dienen der guten Sache als willkommene Steilvorlage.

Florian Wilde, Mitglied des Bundesparteivorstandes und kampferprobter Widerstandskämpfer bei den Gipfelprotesten in Prag (2000), Genua (2001) und Heiligendamm (2007), ist der G20-Beauftragte (!) der Hamburger Linksfraction. Er ist eigentlich gewerkschaftspolitischer Referent der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung, konnte sich aber offensichtlich Anfang Juli

freihalten, um Gutes zu tun. Wilde, hier ist der Name Programm, ist kein Mann für das politische Kleinklein und so tönt er dann auch in der „WELT“: „Wer den Gipfel nach Hamburg holt, holt sich auch Gewalt in die Stadt.“ Selbstverständlich ruft die Linke zu keinerlei gewalttätigen Aktionen auf, man unterstütze Aktionen des zivilen Ungehorsams, und überhaupt ist es keineswegs so, „dass die Gewalt nur von Protestierenden ausgehen wird“. Ansonsten ist alles ganz einfach: „Wenn Ausschreitungen passieren, sehen wir deshalb die Verantwortung beim Hamburger Senat“, so Kampagnenreferent Wilde weiter. Damit ist die Schuldfrage vorab schon mal geklärt. Wenn es zu Gewalt auf Hamburgs Straßen kommt, kann es nur am Senat und „seiner“ Polizei liegen. Schön, wenn alles ins selbst zu rechtgepuzzelte Weltbild passt.

## ➤ Geht es noch schlimmer? Natürlich!

Im Februar haben Linksextremisten zu einer Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel geladen. Unter dem Motto: „G20 entern – Kapitalismus versenken!“ haben sich die „Konferenzteilnehmer“, neben deutschen, auch Linksextre-



© DPoIG Hamburg

> Frank Riebow

me aus der Schweiz und aus Griechenland, in Workshops und bei Vorträgen „kritisch“ mit dem Gipfel auseinandergesetzt. Abgerundet wurde die Aktionskonferenz mit einem Blockadetraining (man muss ja auch mal raus), und wo fand das alles statt – in den Räumen der Universität Hamburg! Ein besonderer Ausdruck der Freiheit von Forschung und Lehre?

Bereits im Dezember des vergangenen Jahres fand eine ähnliche, demokratiefeindliche Konferenz in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) statt. Die HAW hatte dieses Extremistentreffen zunächst in ihrem Haus verboten, wurde jedoch vom Amtsgericht St. Georg per einstweilige Verfügung zurückgepfiffen. Jetzt also die Uni Hamburg. Warum es eine staatliche, steuerfinanzierte Bildungseinrichtung hin- und hernimmt, dass sich in ihren Räumen Menschen zusammenfinden, die diesen Staat ablehnen und nicht zuletzt auch mit Gewalt überwinden wollen, ist nicht zu verstehen. Dass die Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen) dazu ohrenbetäubend schweigt, ebenso wenig.



© DPoIG Hamburg



## SCUTO Cooperation präsentiert ballistische sowie stich- und schnitthemmende Schutzkleidung

© Frank Riebow (5)

6

Landesverband Hamburg



Im Rahmen einer Fachbereichssitzung Schutzpolizei präsentierte die Firma SCUTO Cooperation den anwesenden **DPoIG**-Mitgliedern hochwertige ballistische sowie stich- und schnitthemmende Kleidung.

Die niederländische Firma ist ein anerkannter Hersteller von Sicherheitsausrüstungen für Polizei und Spezialeinsatzkräfte. Ein Imagefilm stellte zunächst SCUTO Cooperation und ihre Firmenphilosophie vor – den Schutz von Einsatzkräften in unterschiedlichen Einsatzsituationen und -lagen.

Im Anschluss präsentierten zwei Mitarbeiter den interessierten Kolleginnen und Kollegen im vollbesetzten Sitzungsraum eindrucksvoll, die Möglichkeiten ballistischer sowie stich- und schnitthemmender Ausrüstung und

Schutzbekleidung. So wurde unter anderem gezeigt, wie tief beispielsweise ein handelsübliches Teppichmesser ohne entsprechenden Schutz in einen Schaumstoffblock schneiden und stechen kann und wie wirkungslos es dann mit der Schutzkleidung ist.

Die Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahnzweige konnten sich durch intensives Ausprobieren ballistischer Westen, Helme und Schilde sowie schnitthemmender Unterziehkleidung selbst ein Bild vom

Tragekomfort und der Funktionalität machen.

Weiterführende Informationen unter: [www.scutocooperation.com](http://www.scutocooperation.com)

Der Fachbereich Schutzpolizei wird sich – wie bereits in der Vergangenheit – auch weiterhin darum bemühen, interessierten Mitgliedern im Rahmen der Fachbereichssitzungen Entwicklungen und Neuerungen auch externer Anbieter mit Polizeibezug zu präsentieren. Die Sitzungen des Fachbe-

reiches Schutzpolizei finden im Abstand von drei bis vier Wochen jeweils donnerstags um 16 Uhr in der Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg** im Holzdamm 18 (Nähe Hauptbahnhof) statt.

Die Teilnahme an der Fachbereichssitzung steht jedem Mitglied offen, einzige Voraussetzung ist die Mitgliedschaft in der **DPoIG Hamburg**.

*Fachbereichsvorstand  
Schutzpolizei*







## WSP-Nachwuchs zu Besuch beim Fortbildungs- und Einsatzzug

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei



> Dienststellenleiter Ralph Nachbar stellte die Arbeit des Fortbildungs- und Einsatzzuges detailliert vor.

16 Polizeischülerinnen und -schüler sowie Studierende haben vor wenigen Wochen auf Einladung des Fachbereiches Wasserschutzpolizei und der JUNGEN POLIZEI ihre zukünftige Erstverwendungsdienststelle besucht. Im Gegensatz zu den anderen Einsatzzügen der Hamburger Polizei liegt der Schwerpunkt des Fortbildungs- und Einsatzzuges der Wasserschutzpolizei (WSP 7) ganz wesentlich auf der intensiven Fortbildung, um



> Interessiert verfolgten unsere jungen Kolleginnen und Kollegen den Vortrag und bekamen so einen Eindruck von ihrer ersten WSP-Dienststelle.

unsere jungen Kolleginnen und Kollegen „WSP-fit“ zu machen.

Alle Berufseinsteiger der Wasserschutzpolizei verrichten nach dem Abschluss der Ausbildung an der Akademie der Polizei ihren Dienst zunächst beim Fortbildungs- und Einsatzzug.

Die Verweildauer beträgt zurzeit etwa 16 Monate. Dabei werden sie im täglichen Dienst von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen in die wasserschutzpolizeilichen Tätigkeiten eingewiesen und an der Wasserschutzpolizeischule fortgebildet. Durch einen praxisorientierten Dienst im Rahmen der Kontrolltätigkeit der Wasserschutzpolizeikommissariate

und Fachdienststellen wird das erworbene Fachwissen vertieft. Die Mitarbeiter des Fortbildungs- und Einsatzzuges unterstützen die Wasserschutzpolizeikommissariate, das WSPR 4 Cuxhaven und die Fachdienststellen der WSP Hamburg bei der Gewährleistung des täglichen Dienstes und der Bewältigung besonderer Einsatzlagen an Land und auf dem Wasser. Sie werden durch die Polizei Hamburg bei Großeinsätzen im gesamten Stadtgebiet eingesetzt unterstützen andere Bundesländer als operative Einheit auf dem Wasser bei der Bewältigung von komplexen Schadens- und Einsatzlagen (zum Beispiel beim Elbe-Hochwasser im August 2002 in Dresden und beim

NATO-Gipfeltreffen im April 2009 in Kehl).

Als Folge der Sturmflutkatastrophe von 1962 richtete die Hamburger Polizei den Katastrophenschutzbootzug ein. Bei Sturmfluten und großen Schadensereignissen auf dem Wasser besetzen die Mitarbeiter von WSP 7 die Katastrophenschutzboote, um Gefahren für Menschen und Sachen von bedeutendem Wert abzuwehren. Beim Fortbildungs- und Einsatzzug WSP 7 verrichten derzeit 33 Polizeibeamte ihren Dienst. WSP 7 verfügt über verschiedene moderne Einsatzmittel.

Dazu gehören unter anderem:

- > 14 Katastrophenschutzboote
- > 4 leichte Mannschaftswagen
- > 1 Zugführerfahrzeug
- > 1 Hafenstreifenboot („WS 25“)

Darüber hinaus werden drei leistungsstarke Schlauchboote von WSP 7 betreut und einsatzklar gehalten. Ein herzlicher Dank geht an den Dienststellenleiter und Zugführer EPHK Ralph Nachbar, der es sich nicht nehmen ließ, unseren Nachwuchs persönlich zu begrüßen. Sein Vortrag begeisterte unsere jungen Kolleginnen und Kollegen und gab ihnen einen ersten Eindruck von ihrer zukünftigen Tätigkeit.



# Uniformierte Polizeibeamte: Keine Tattoos am Unterarm

Ein Polizeibeamter wollte sich von seinem Dienstherrn ein Unterarmtattoo genehmigen lassen. Seine Argumentation, Tattoos seien seit längerem gesellschaftlich akzeptiert und müssten deshalb auch bei Polizisten an sichtbaren Körperstellen toleriert werden, blieb ohne Erfolg.

Der Dienstherr lehnte ab, weil die Hautfläche am Unterarm im sichtbaren Bereich liege,

jedenfalls beim Tragen der Uniform mit kurzem Hemd. Hiergegen wandte sich der betroffene Beamte. Er verwies auf sein Persönlichkeitsrecht und vertrat die Auffassung, dass Tattoos mittlerweile gesellschaftlich auf Akzeptanz stoßen. Daher müssten sie auch bei der Polizei selbst im sichtbaren Körperbereich zu tolerieren sein. Dieser Ansicht schloss sich das Verwaltungsgericht Ansbach nicht an.

Es wies die Klage mit Urteil vom 25. August 2016 zurück. Im Wesentlichen mit der Begründung, Rechtsgrundlage für die Untersagung von Tattoos im sichtbaren Bereich sei die Pflicht des Beamten, Dienstkleidung zu tragen.

Dienstliche Handlungen von uniformierten Polizeibeamten werden als Handlung des Staates wahrgenommen und sollen den durch Uniform ver-

mittelten Ausdruck der Neutralität wahren. Dies gehe jedoch verloren, wenn die Individualität des handelnden Beamten übermäßig hervortritt. Aus diesem Grund war die Versagung des Unterarmtattoos im sichtbaren Bereich rechtmäßig.

VG Ansbach,  
Urteil vom 25. August 2016,  
Az.: AN 1 K 15.01449

> **DPOG-Lesezeichen**

**„Der islamische Kreuzzug und der ratlose Westen“**



Samuel Schirmbeck, 1941 in Göttingen geboren, ist Filmemacher, Journalist und Autor. 1991 baute er das ARD-Studio Nordafrika in Algerien auf und berichtete von dort über zehn Jahre lang als einziger westlicher Korrespondent aus dem vom Bürgerkrieg geschundenen Land. Schirmbeck ist ein profunder Kenner und Kritiker des Islam.

In seinem Buch gibt er denjenigen eine Stimme, die zuerst und am meisten unter dem Islamismus leiden – progressiven Musliminnen und Muslimen, die den Niedergang ihrer Religion und die Tyrannei ihrer Anhänger nicht länger hinnehmen wollen. Zugleich kritisiert Schirmbeck die vornehmlich aus dem linken Milieu stammenden, politisch korrekten Beschwichtiger. Für sie ist jede Islamkritik Rassismus, Fremdenhass und ein Beleg für wachsenden Rechtspopulismus. Der Autor findet diese Haltung skandalös, geht es doch nicht darum, den Islam zu verdammen, sondern seine von Gewalt und Intoleranz geprägten Exzesse. Ein wichtiges Buch!

*Frank Riebow*

> **Ruhestand**

**Folgende Kollegin und Kollegen sind zum 28. Februar 2017 in den Ruhestand gegangen:**

**Direktion Polizeikommissariate und Verkehr**

PHK	Behrens, Wolfgang	PK 21
PHK	Breyer, Dieter	PK 26
PHK	Dollase, Hans-Joachim	PK 27
PHK	Gareis, Holger	PK 43
PHK	Lehmann, Peter	PK 15
POK	Schacht, Peter	VD 52

**Justizariat**

RA	Kraft-Hermes, Gisela	J 3
----	----------------------	-----

**Landeskriminalamt**

PHK	Bock, Rainer	LKA 36
POK	Kuhnert, Holger	LKA 26
PHK	Pallentien, Johannes	LKA 18

**Leitungsstab**

PHK	Willmann, Frank	LSt 01
-----	-----------------	--------

**Personalabteilung**

POK	Hüttmann, Uwe	PERS 13
-----	---------------	---------

**Verwaltung und Technik**

RD	Schulz, Gerhard	BIS Amt A
----	-----------------	-----------

> **Verstorben**

11.10.2016	Riedig, Karl-Heinz	PHK i. R.	86	2.1.2017	Krug, Klaus-Dieter	KHK i. R.	82
21.11.2016	Jacobsen, Hans-Dieter	PHM i. R.	76	5.1.2017	Schaardt, Willi	KOK i. R.	79
3.12.2016	Tröbs, Harry	EPHK i. R.	85	8.1.2017	Neumann, Hartmut	KHK i. R.	60
4.12.2016	Schumacher, Silvan	PHM i. R.	60	9.1.2017	Beer, Sebastian	KKA	30
11.12.2016	Krejčík, Franz	POK i. R.	94	10.1.2017	Baumgarten, Werner	KOK i. R.	62
21.12.2016	Soltis, Dieter	PHM i. R.	84	10.1.2017	Bürgel, Heinz	PHM i. R.	79
21.12.2016	von Hacht, Harald	POK i. R.	91	13.1.2017	Peters, Wolfgang	POK i. R.	62
22.12.2016	Sarge, Hermann	Va. i. R.	87	16.1.2017	Eckstein, Helmut	PHM i. R.	97
25.12.2016	Blumenstock, Ernst	PHM i. R.	91	18.1.2017	Alisch, Jochen	POK i. R.	76
26.12.2016	Junk, Matthias	AilUA i. R.	80	20.1.2017	Geitner, Andreas	PHK i. R.	61
27.12.2016	Buchholz, Klaus-Dieter	Va.	58	23.1.2017	Karras, Dieter	PHK i. R.	92
29.12.2016	Klindt, Helmut	PHK i. R.	92	23.1.2017	Vierke, Walter	KHK i. R.	78
31.12.2016	Wolff, Willy	PHM i. R.	91	25.1.2017	Adams, Johann	POM i. R.	75
31.12.2016	Jobczyk, Helmut	EKHK i. R.	75	25.1.2017	Petersen, Heide	Vae. i. R.	75